

Kali: Landrat und Kreistag zoffen sich

Giesen/Kreis Hildesheim. Der Bau- und Umweltausschuss des Hildesheimer Kreistages hat die Abstimmung über die Salzeinleitung in die Innerste vertagt. Der Düngemittel-Konzern Kali + Salz muss damit weiter warten, wie es mit dem eventuellen Neustart seines Giesener Bergwerks weitergeht. In der Debatte offenbarten sich tiefe Gräben zwischen Kreisverwaltung und Kreistag. Dezernent Helfried Basse bekundete im Namen von Landrat Olaf Levonen rechtliche Bedenken und deutete an, dieser könne juristisch gegen den Beschluss vorgehen.

Kali-Entscheidung vertagt – klagt jetzt Levonen?

Kreistags-Ausschuss will Kommunen und Verbände um Stellungnahmen bitten / Verwaltung hat „rechtliche Bedenken“

Von Tarek Abu Ajamieh

Giesen/Kreis Hildesheim. Darf der Düngemittel-Konzern Kali + Salz (K+S) Salzabwasser in die Innerste leiten – und wenn ja: Wie viel und in welcher Konzentration? Das wird wohl in diesem Jahr nicht mehr entschieden. Der Bau- und Umweltausschuss des Kreistages hat sich gestern Nachmittag mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen dafür ausgesprochen, die betroffenen Städte und Gemeinden sowie Verbände und die Bürgerinitiative um Stellungnahmen zu bitten.

Das könnte zu einem Rechtsstreit innerhalb des Landkreises führen. Umweltdezernent Helfried Basse betonte als Vertreter der Verwaltung, er habe „rechtliche Bedenken“ gegen das Vorgehen der Politiker, die Verwaltung werde diese „prüfen“. Basse betonte ausdrücklich, dass er dabei auch für Landrat Olaf Levonen spreche. Was Basse



Im Zentrum der Debatte: Helfried Basse (Mitte) mit seinem Mitarbeiter Gerald Bälkner (links) und Ausschuss-Leiter Falk-Olaf Hoppe.

FOTO: MORAS

ANZEIGE

HAZ Beilagen

Unserer heutigen Ausgabe bzw. einem Teil der Auflage liegen Prospekte folgender Firmen bei:

WFB Wirtschaftsförderung
Bremen GmbH
Wir schaffen Perspektiven

STANZE
Mein Copiercenter

Bitte beachten Sie auch unsere
Online-Beilagen unter
www.hildesheimer-allgemeine.de

Gildesheimer Allgemeine Zeitung

damit andeutete: Levonen könnte gegen den Beschluss des Ausschusses – oder des Kreistages, wenn der sich wie erwartet dem Votum anschließt – Widerspruch einlegen oder gar klagen. So etwas kommt selten vor, ist aber rechtlich möglich.

Damit drohen dem Landkreis im Extremfall sogar zwei parallele

Rechtsstreits um das Thema. Denn K+S hat wie berichtet angekündigt, sich „nicht endlos weiter bieten lassen“ zu wollen, dass der Kreistag die Entscheidung über die Salzeinleitung vertagt.

Zwischen der Kreisverwaltung und der Kreistags-Mehrheit aus SPD und CDU war der Ton gestern jedenfalls ziemlich scharf. Zunächst hatte Friedhelm Prior (CDU) die Vertagung damit begründet, die betroffenen Kommunen – also Giesen, Sarstedt, Harsum und Nordstemmen – sollten Gelegenheit bekommen, zu dem Entwurf des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) für die sogenannte wasserrechtliche Erlaubnis Stellung zu beziehen.

Und zwar ohne Zeitdruck: „Es steht ihnen frei, sich externen Sach-

verständnis dazu zu holen. Immerhin geht es um gut 180 Seiten“, betonte Prior. Die Grünen-Vertreterin Nina Lipecki schloss sich an: „Wir haben den Entwurf am 29. September bekommen – um den vernünftig durchzuarbeiten, braucht man mehr Zeit.“

Basse hielt dagegen: „Der Landkreis ist selbst nur Beteiligter im Verfahren, wir können nicht von uns aus Dritte beteiligen, das ist im Verfahrensrecht nicht vorgesehen.“ Kommunen und Verbände seien schließlich im eigentlichen Planfeststellungs-Verfahren – es regelt das Gesamtprojekt, die Salzwasser-Einleitung ist nur ein Bestandteil davon – bereits angehört worden.

Das überzeugte Prior aber keineswegs: „Wie wir das machen, ist allein Sache des Kreistages!“,

schleuderte er Basse entgegen. „Die Verwaltung hat hier gar nichts zu entscheiden.“ SPD-Fraktionschef Klaus Bruer sekundierte: „Wenn sich die Verwaltung nicht imstande sieht, unseren Beschluss umzusetzen und den LBEG-Entwurf mit der Bitte um Stellungnahme an Städte, Gemeinden und Verbände weiterzugeben, machen wir als Kreistag das eben selbst.“

Widerspruch kam nur vom CDU-Abgeordneten und früheren Fraktionschef Christian Berndt sowie von FDP-Vertreter Bernd Fell. Berndt betonte, der „Stand der Technik“ sei berücksichtigt und die Wasser-Rahmenrichtlinie eingehalten – da sei ihm nicht klar, wie Stellungnahmen von Kommunen oder Verbänden das Ergebnis noch beeinflussen sollten.

Bernd Fell sagte vor allem mit Blick auf Grünen-Vertreterin Lipecki, er habe „schon den Eindruck, dass es hier auch um Verzögerung geht“. Der Landkreis Hildesheim könne wirtschaftlich jedenfalls nur schwer erfolgreich sein, wenn er mit potenziellen Investoren so umgehe. Fell stimmte wie Ulrich Bantelmann (Unabhängige) gegen den Vertagungs-Antrag von SPD und CDU. Manfred Esse (AfD) enthielt sich. Christian Berndt hat in dem Ausschuss zwar Rede- aber kein Stimmrecht, weil er zwar im Kreistag sitzt, diesem Untergremium aber nicht angehört. Prior betonte zum Abschluss noch einmal, von Verschleppen könne keine Rede sein: „Wir brauchen noch mehr Information, um pflichtgemäß entscheiden zu können.“

KOMMENTAR



Von Tarek Abu Ajamieh

Seltsam gleichgültig

Der Ausschuss war extra in den großen Sitzungssaal umgezogen – doch ganze 30 Zuhörer verloren sich auf den zahlreichen Stühlen. Darunter einige Vertreter aus Kreistag und Verwaltung – die Zahl der möglichen Betroffenen im Publikum hielt sich arg in Grenzen.

Angesichts der denkbaren Auswirkungen auf die Gemeinde Giesen ist das erstaunlich, wenn nicht besorgniserregend. Die Windrad-Gegner aus dem Despetal oder aus Klein Escherde brachten zeitweise bis zu 40 Mitstreiter auf die Beine. Bei der Debatte um die Stromtrasse Wahle-Mecklar bevölkerten allein 150 Bürger aus drei kleinen Dörfern den Saal – und bekamen prompt den begehrten Erdkabel-Abschnitt der Trasse. Beide Projekte dürften sich deutlich weniger auf das Alltagsleben auswirken als ein Bergwerk.

Die Botschaft, die da bei Behörden, Politik und dem Konzern selbst ankommen kann: Das Thema bewegt vor Ort wenige, die mögliche Wiederinbetriebnahme stört nur eine Handvoll Bürger. Vielleicht stimmt das ja. Wenn nicht, sind die Giesener gut beraten, beim nächsten Mal zahlreicher zu erscheinen. Diesmal hatten sie Glück, dass es keine Entscheidung gab.